

Rüdiger Wolfrum, Institut für Internationales Recht an der Universität
Kiel

Die Zukunft der wissenschaftlichen Forschung unter dem Antarktisvertrag

I. Einer der Gründe für eine Schaffung des Antarktisvertrages war es, die freie wissenschaftliche Erforschung dieses Kontinents auch für die Zukunft sicherzustellen. Insofern knüpft der Antarktisvertrag an die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Internationalen Geophysikalischen Jahres an, die hier gesammelten Erfahrungen haben die Ausgestaltung des Vertrages wesentlich geprägt.

Man war sich in den naturwissenschaftlichen Kreisen durchaus der unsicheren rechtlichen Situation in der Antarktis bewußt, deshalb existierte als Teil der Abmachungen für das Internationale Geophysikalische Jahr ein "gentlemen's agreement", daß alle Aktivitäten in der Antarktis als nicht-politisch anzusehen seien und keine Grundlage für Gebietsansprüche bilden sollten. Dieses Prinzip hat Eingang in den Antarktisvertrag gefunden. Die Hauptaktivitäten des Internationalen Geophysikalischen Jahres umfaßten die Wetterforschung, Gletscherkunde, Geologie, Erdmagnetismus sowie Beobachtungen der Ionosphäre. Vor allem die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich der Wetterbeobachtungen war bemerkenswert. Sie wurde von einer amerikanischen Station koordiniert, und an ihr beteiligten sich sowjetische, argentinische, australische und französische Wissenschaftler. Außerdem tauschten die UdSSR und die USA Meteorologen aus. Auch dieser Aspekt hat sich im Antarktisvertrag niederschlagen.

Die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung und der entsprechenden Zusammenarbeit kommt im Vertrag an verschiedenen Stellen zum Tragen. Vor allem die Präambel widmet diesem Gesichtspunkt zwei von fünf Abschnitten. Die entscheidenden Aussagen finden sich allerdings in Artikel II und III. Artikel II formuliert den allgemeinen Grundsatz - das Prinzip der Forschungsfreiheit - und die Fortsetzung der Kooperation wie im Internationalen Geophysikalischen Jahr.

Artikel III enthält dann die zur Verwirklichung dieses Prinzips eingegangenen Staatenverpflichtungen:

- vorheriger Austausch von Forschungsprogrammen,
- Austausch von Forschern,
- Austausch von Forschungsergebnissen und deren Publikationen.

Angesprochen wird die Forschung dann jedoch nur noch in Art. IX als Kompetenz der Konsultativverhandlungen.

In der Praxis der Konsultativverhandlungen ist auf die Forschungsfreiheit und deren Schutz vor allem anlässlich der Errichtung von Schutzgebieten im Interesse der wissenschaftlichen Forschung (Sites of Special Scientific Interest, SSSI) verwiesen worden (Empfehlung VIII-3). Die Forderung nach Kooperation im Bereich der wissenschaftlichen Forschung hat sich in einer Vielzahl von Empfehlungen zu logistischen Problemen niedergeschlagen. Dennoch hat man sich dessen bewußt zu sein, daß sich die Forschungsk Kooperation nicht vorrangig über die Instrumente des Antarktisvertrages, sondern außerhalb desselben vollzieht. Das entscheidende Gremium hierfür ist das Scientific Committee on Antarctic Research (SCAR). Ein Vorschlag Chiles, ein Antarktisches Forschungsinstitut zu errichten, wurde nicht weiter verfolgt; ein Neuansatz in dieser Richtung findet sich in dem Abkommen "über den Schutz der Antarktischen Lebenden Ressourcen", das einen Wissenschaftsausschuß vorsieht. Ähnliches ist für das Abkommen "über die Nutzung der Antarktischen Mineralischen Ressourcen" geplant.

Vollzieht sich auch der wissenschaftliche Austausch nicht über Instrumente des Antarktisvertrages, so haben sich dennoch die Konsultativversammlungen mehrfach dafür eingesetzt (Empfehlungen I-III, II-I). Die Konsultativparteien haben es sogar, in Zusammenarbeit mit SCAR, unternommen, die Weltöffentlichkeit über bedeutende Veränderungen in der Antarktis durch Aktivitäten außerhalb des Gebietes zu unterrichten (Empfehlung VIII-13).

Dennoch wird in der jüngsten Zeit immer wieder Kritik über den Informationsaustausch laut. Gerügt wird, daß Forschungsergebnisse mit zu großer Zeitverzögerung publiziert werden und häufig auch nicht die breitere wissenschaftliche Öffentlichkeit (außerhalb der Konsultativparteien) erreichen. Vor allem in den Debatten der Vereinten Nationen (1986) ist den Konsultativstaaten vorgeworfen worden, sie würden den selbstgesteckten Zielen in diesem Punkt nicht gerecht.

II. Welches sind nun die Probleme, die auf die wissenschaftliche Forschung in der Antarktis zukommen. Sie lassen sich ihrem Ursprung nach in drei Gruppen einteilen:

- Gefahren drohen der bisherigen freien wissenschaftlichen Forschung unmittelbar und mittelbar aus dem gestiegenen wirtschaftlichen Interesse an antarktischen mineralischen Ressourcen;
- die wissenschaftliche Forschung, verstanden als Grundlagenforschung, ist zunehmenden internationalen Restriktionen ausgesetzt;
- die Antarktisforschung wird in verstärktem Umfang mit Forderungen des Umweltschutzes konfrontiert.

1. Eine Reihe von Problemen, die der Antarktisforschung aus einer wirtschaftlichen Nutzung dieses Gebietes erwachsen, obwohl diese Nutzung noch in weiter Ferne liegt, sind bereits jetzt deutlich erkennbar.

Zum einen werden Nutzungskonflikte zwischen den Bedürfnissen nach wissenschaftlicher Forschung und der wirtschaftlichen Nutzung auftreten. Zweifelsohne wird man bestrebt sein, weitere Gebiete für die Forschung zu reservieren, dennoch werden Forscher und Unternehmer in identischen Gebieten arbeiten müssen. Dabei ist jetzt schon abzusehen, daß den Belangen des Forschers nicht stets der Vorrang eingeräumt werden wird.

Ein weiteres, schwerwiegendes Problem ergibt sich daraus, daß Forschung und Prospektion vielleicht idealtypisch aber nicht in der Praxis immer klar zu trennen sind. Dennoch werden die Rechtsregeln für beide Aktivitäten in Zukunft außerordentlich unterschiedlich sein. Der Forscher muß seine Ergebnisse veröffentlichen, der Prospektor dagegen nicht, zumindest nicht unmittelbar. Dagegen unterliegt der Forscher keiner Kontrolle in bezug auf den Umweltschutz (bislang nicht), der Prospektor hingegen wird in dieser Beziehung nicht frei sein. Je nachdem, wie die Regeln im einzelnen sein werden (für den Prospektor werden sie z. Z. noch verhandelt), besteht die Gefahr, daß jeweils und nach Bedarf in das andere System ausgewichen werden wird, so kann z. B. ein besonders liberales Regelwerk für die Prospektion dazu führen, daß die Publikation von Forschungsergebnissen weiter zurückgeht, da Forscher sich hierunter flüchten. Viel eher ist jedoch zu erwarten, daß Prospektoren die Forschungsprivilegien für sich in Anspruch nehmen, ohne die Publikationsgebote zu achten, zumal diese bislang nicht effektiv durchgesetzt werden können. Jedes Minus an wissenschaftlichem Austausch bedeutet aber einen Verlust an Forschungsqualität.

Abgesehen davon, besteht die Gefahr, daß die Forschung in den Sog der Prospektion mit einbezogen wird. Sollten für die Prospektion bestimmte Umweltvorschriften entwickelt werden, und damit ist fest zu rechnen, so ist zu erwarten, daß man versuchen wird, diese auch auf die Forschung auszudehnen. Diskutiert wird z. Z. gegenüber der Prospektion eine weitgehende Einschränkung von Bohrungen, "dredging" und die Verwendung von Explosivstoffen.

2. Daß das internationale Klima, gemessen an den entsprechenden völkerrechtlichen Verträgen bzw. an nationalen Gesetzen, keine weitere Förderung der freien wissenschaftlichen Forschung verspricht, hängt unmittelbar mit dem eben Gesagten zusammen. Vor allem die Entwicklungsländer sind nicht mehr bereit, Forschungsfreiheit a priori als positiv anzusehen. Für sie ist Forschung

ein Mittel, mit dessen Hilfe die Industriestaaten ihren Entwicklungsvorsprung weiter ausbauen. Die neue Seerechtskonvention unterscheidet zwar noch zwischen Grundlagenforschung und genehmigungspflichtiger angewandter Forschung im küstennahen Bereich. In der Staatenpraxis hat sich dieser Unterschied aber weitgehend verwischt. Abgesehen davon soll aber Forschung vor allem im Verbund und nicht mehr individuell betrieben werden. Es wäre zu weitgehend, wollte man behaupten, ähnliche Erwägungen griffen bereits für die Antarktis Platz. Die Konsultativstaaten haben bislang noch stets die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis betont. Allerdings werden in jüngster Zeit Stimmen laut, die eine institutionell abgesicherte Forschungsk Kooperation im Rahmen des Antarktisvertrages befürworten (Chile). Damit wird, wenn auch vorsichtig, ein Weg beschritten, wie ihn Teil XIII der Seerechtskonvention vorzeichnet. Auch wenn die Kooperation der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis allgemein von den Forschern begrüßt wird, so habe ich doch meine Zweifel, ob eine institutionell verordnete und überwachte Forschung in ihrem Interesse liegt. Ob diese Tendenzen noch im Vorfeld abgefangen werden können, hängt von den jetzt tätigen Forschern selbst ab. Die Verzögerung von Publikationen und eine selbstgewählte Isolation auch bei nur wenigen Staaten kann die angesprochenen Tendenzen weiter fördern. Opfer werden dann auch diejenigen sein, die ihren Verpflichtungen unter dem Antarktisvertrag voll nachgekommen sind. Insoweit besteht m. E. ein Handlungsbedarf für SCAR, denn wenn erst die staatlichen Forschungen offiziell präsentiert werden, ist eine Umkehr der Tendenz schwer möglich.

3. Als letztes möchte ich das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Forschung und Umweltschutz ansprechen. Ich kann mich hierzu kurz fassen, denn Frank Wong und Felicity Newman (1986) haben sich auf dem letzten interdisziplinären Symposium in Kiel (Antarctic Challenge II) mit diesem Fragenkomplex eingehend auseinandergesetzt. Sie gehen grundsätzlich davon aus, daß wissenschaftliche Forschung einschließlich entsprechender logistischer Aktivitä-

ten den Belangen des Umweltschutzes Rechnung zu tragen haben. Dies wird von ihnen am Beispiel Neuseeland näher belegt. Dabei handelt es sich nicht nur um freiwillig eingegangene Verpflichtungen, sondern um Pflichten, die bereits im Antarktisvertrag angelegt seien. Letztlich wird von den Referenten gefordert, stets den "Nutzen" der Forschung gegen die hieraus resultierenden Umweltgefahren abzuwägen. Verhindert werden müsse auch eine Überbevölkerung bestimmter antarktischer Gebiete durch Forscher.

Auch diese Tendenzen - bei den Referenten handelte es sich um Mitglieder des neuseeländischen Außenministeriums - sollten aufmerksam verfolgt werden. Es ist nicht auszuschließen, daß in Zukunft ein Verhaltenskodex für antarktische Forscher geschaffen werden wird, der diesen, im Interesse des antarktischen Umweltschutzes, weitgehende Pflichten auferlegt. Dieser Prozeß wird sich zweifelsohne dann beschleunigen, wenn sich die Ausweisung von Schutzgebieten als ineffektiv erweist. Aber auch die verzögerte Berichterstattung und die fehlende Kooperation können mit dazu beitragen, daß sich die Ansicht verfestigt, die Forscher seien stärker - im Interesse des Umweltschutzes - an den Zügel zu nehmen.

4. Das Zukunftsbild, das ich für die Forschung in der Antarktis gezeichnet habe, ist nicht frei von Schatten. Betont werden muß aber, daß die Aufrechterhaltung des bisherigen liberalen Forschungsregimes für die Antarktis in erster Linie von der Selbstdisziplin der Forscher abhängt. Selbstdisziplin haben sie in drei Punkten zu üben: Förderung der wissenschaftlichen Kooperation und beschleunigte Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, Beachtung des Umweltschutzes und zwar nicht nur bei der Durchführung wissenschaftlicher Projekte, sondern auch bei deren logistischer Vorbereitung. Schließlich sollte auch der Anschein vermieden werden, im Gewande der wissenschaftlichen Forschung Prospektion zu betreiben.

Literatur:

NUSSBAUM, U.J.: Rohstoffgewinnung in der Antarktis, Wien, New York
1985

AUBURN, F.M.: Antarctic Law and Politics, London 1982

QUIGG, P.W.: A Pole Apart, New York 1983

HEAP, J.: Cooperation in the Antarctic: a quarter of a century's
experience, in: Antarctic Resources Policy, ed. by Francisco
Orrego Vicuna, Cambridge 1983, p. 103-108

Antarctic Treaty System: An Assessment, Washington 1986

GJELSVIK, T.: Scientific Research and Cooperation, in: Antarctica,
Antarctic Challenge, hrsg. Rüdiger Wolfrum, Berlin 1984, p.
41-51, sowie der comment dazu von Roberto E. Guyer, S. 52-56

WONG, F., NEWMAN, F.: Restrictions to Freedom of Scientific Research
through Environmental Protection, in: Antarctic Challenge
II, hrsg. Rüdiger Wolfrum, Berlin 1986, p. 103-109